

Landesverband Nordrhein Westfalen e. V.  
Kreisgruppe Mönchengladbach  
Wacholderweg 24  
41169 Mönchengladbach

 02161 – 55 83 81  
 0177 64 81 024  
 02161 – 66 06 114  
MAIL [ruetten@bund-mg.de](mailto:ruetten@bund-mg.de)  
www [www.bund-mg.de](http://www.bund-mg.de)

15.8.2024

# Pressemitteilung

## Was wird aus dem JHQ? – Der BUND ist besorgt

In letzter Zeit häufen sich wieder Berichte über eine mögliche Nutzung des 376 ha umfassenden JHQ-Geländes. Zuletzt wurde in der Ratssitzung am 03.07.2024 darüber beraten. Das Ergebnis sieht die Mönchengladbacher Kreisgruppe im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) aus Umwelt- und Naturschutzsicht mit Sorge.

Die Beratungsvorlage für die Ratssitzung weist 9 unterschiedliche geplante Nutzungen aus. Diese reichen beispielhaft von einem Trainingsausbildungszentrum für Drohnenpiloten über Gewerbegebiet und Justizvollzugsanstalt bis hin zu einer Fläche für die Ausbildung und Zertifizierung im Diensthundewesen. Die addierte Gesamtfläche von über 362 ha nähert sich damit der o.a. Gesamtfläche des JHQ. Dabei wäre zu beachten, dass nicht unwesentliche Teile des Geländes als Naturschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Gebiet von europäischem Rang (FFH-Gebiet Knippertzbachtal) nach EU-Recht geschützt und deshalb kaum antastbar sind. Etliche der vorgesehenen Nutzungen reichen lt. Skizze zudem weit in den implementierten 300 m breiten Schutzkorridor zu diesem angrenzenden FFH-Gebiet hinein.

Für den BUND ist es deshalb nicht verständlich, wie hier eine bereits beauftragte Machbarkeitsstudie noch eine Verträglichkeit zwischen den verschiedenen Vorhaben und den sich aus FFH-Gebiet und Schutzkorridor abzuleitenden erheblichen Schutzansprüchen herstellen will: Es besteht die rechtlich zwingende Verpflichtung zur Durchführung einer eigenständigen umfassenden Verträglichkeitsprüfung gemäß EU-FFH-Richtlinie, die bewertet, ob die Vorhaben die Erhaltungsziele des FFH-Gebietes gefährden. Eine Machbarkeitsstudie kann diese Prüfung nicht ersetzen.

Bei den angegebenen Größenverhältnissen steht für den BUND nicht nur eine Gefährdung des FFH-Gebietes außer Frage, vielmehr stünde sogar seine Existenz auf dem Spiel. Der BUND bedauert, dass Entwicklung oder Wiederherstellung von Natur und Landschaft des ursprünglichen Wald- und Heidegebietes – bevor es Militärgelände wurde – wenigstens in Teilbereichen in der derzeitigen Koalition von SPD, Grünen und FDP offensichtlich kein Thema zu sein scheint. Auch die Beratungsvorlage der Verwaltung sagt dazu nichts.

Mit freundlichen Grüßen



Kreisgruppensprecherin

Für Rückfragen steht Ihnen Herr P. Dönicke, Te. 02161-580938 zur Verfügung.